

Anmerkungen
zu einer Erfolgsgeschichte

Sechzig Jahre Unionsparteien

Klaus Gotto

Was war neu, als die Unionsparteien vor sechzig Jahren gegründet worden sind? Man kann diese Frage auch danach beantworten, dass man den Neuanfang mit der gut sechzigjährigen Geschichte der katholischen Zentrumspartei (1871 bis 1933) vergleicht. Das Zentrum war die politische Partei einer Minderheit im Deutschen Reich, eine konfessionspolitische Kampforganisation mit volksparteilicher Struktur. Es konnte aber als Minderheitspartei und mangels eines politischen Gesamtkonzeptes auch in besten Zeiten nur Mittelpartei und Koalitionsscharnier sein, also Politik beeinflussen, aber nicht gestalten. Die Erinnerung an sein Scheitern in der Weimarer Republik und das Erleiden der nationalsozialistischen Katastrophe öffneten neue Wege.

Die Idee einer interkonfessionellen Mehrheitspartei setzte sich durch. Die Kultur- und Schulpolitik war nur noch ein wichtiger, aber nicht mehr ausschließlicher Teil des Unionsprogrammes und der Parteiintegration. Die neue Partei bezog sich auch nicht mehr nur defensiv auf Recht und Verfassung, sondern gestaltete Länderverfassungen und das Grundgesetz so mit, dass sie christliche Verankerung besaßen und für eine christlich inspirierte politische Ausgestaltung offen waren. Die Grundsätze christlichen Staates- und Gesellschaftsverständnisses gaben nach dem Desaster eine geistig-moralische Orientierung für einen Neuanfang. Darüber hinaus beanspruchte man zur Erneuerung Deutschlands auch programmatisch die politische Führung und wollte

als Mehrheitspartei die Politik bestimmen. Schließlich war man sich einig, dass die neue Partei Integrationspartei sein sollte, eine Union, die unterschiedliche soziale Schichten und Interessen, landsmannschaftlich-föderale Unterschiede und frühere politische Prägungen konservativer, liberaler oder sozialer Art verbinden sollte.

Nicht zuletzt aber gründen die Unionsparteien in der Erfahrung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Wiederversöhnung hängen in Deutschland eng zusammen. Die Vernetzung im Widerstand von Menschen, die in der Vergangenheit sehr genau unterschiedenen politischen Lagern und sozialen Standorten angehörten, ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Unionsgründung. In Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verbunden und vernetzt waren viele spätere Unionsgründer. Sie waren der Herkunft nach protestantisch oder katholisch, als Gewerkschaftler oder Arbeitgeber geprägt, sie lebten als Bildungsbürger oder Handwerker, sie fühlten sich der Monarchie verpflichtet oder entstammten der Arbeiterbewegung, sie waren eher national oder liberal in der Weimarer Republik engagiert gewesen.

Sie alle hatten schmerzvoll erfahren, dass sich diese Unterschiede im Kampf gegen den Nationalsozialismus als kleiner herausstellten als bislang angenommen und dass ein gemeinsames Fundament auch politische Zusammenarbeit möglich machte. Einer der Kölner Uni-

onsgründer, Leo Schwering, hat festgestellt, bei der Unionsgründung habe „der Katakombengeist, der sich in Kreisen des Widerstands und der Konzentrationslager formte“, alles überspannt und zusammengeklammert. Nach dem 20. Juli 1944 waren von späteren Unionsgründern und Unionsmitgliedern unter anderen verhaftet und verurteilt: Andreas Hermes und Eugen Gerstenmaier, Otto Lenz und Josef Ersing, Walter Bauer und Paulus van Husen, Theodor Steltzer und Josef Müller, Josef Ernst Fugger von Glött und Hans Lukaschek; Jakob Kaiser überlebte im Berliner Versteck, während etwa Eugen Bolz, Bernhard Letterhaus und Josef Wirmer hingerichtet wurden.

Förderliche Zeitumstände und unbestrittene Kollektiverfahrungen sind gute Voraussetzungen, aber noch nicht Umsetzungsgarantien für die Neugründung einer Partei. Die Erfolgsgeschichte der Union ist ohne den ersten Parteivorsitzenden Konrad Adenauer nicht vorstellbar. Für seine Karriere vom Kommunalpolitiker zum Parteiführer brauchte er kaum zwei Jahre, für die zum Kanzler wiederum nur zwei Jahre. Er bestimmte fast zwanzig Jahre Programmatik, Präsenz und Politik der Unionsparteien und insbesondere der CDU. Kanzlerdemokratie und Unionsparteien wurden zu Synonymen erfolgreicher Politik. Insofern war die CDU mehr als ein Jahrzehnt die Kanzler- und die Adenauer-Partei.

Die zentralen programmatischen Leitbilder der Partei hießen Soziale Marktwirtschaft, Westintegration, europäische und deutsche Einigung. Sie wurden in der Regierungspolitik im Innern erfahrbar in Wiederaufbau, Wohlstand und sozialer Absicherung, nach außen in einer Sicherheitspolitik, die im festen Westbündnis vor Aggression schützte und die Wiedereingliederung Deutschlands in die freiheitliche Völkerfamilie ermöglichte. Dabei war die CDU zwar eine ausgeprägte Volkspartei, aber keinesfalls

eine durchorganisierte Mitgliederpartei. Sie erschien eher als eine Art Honoratiorenpartei mit ausgeprägt föderalistischem Charakter. Die enge Verzahnung mit dem vorpolitischen Raum in Vereinen, Verbänden und Kirchen spielte für Wähleransprüche und Elitenrekrutierung eine entscheidende Rolle. Hier hatte die soziale Bindekraft der Partei ihre Wurzeln. Der CDU gelang in der Adenauer-Ära, was vorher noch nie gelungen war: Sie allein war politische Mitte, sog mit Ausnahme der FDP alle Parteineu- und -wiedergründungen auf. Am Ende dieser Ära gab es rechts von ihr keine demokratische Alternativen mehr, und die SPD war gezwungen, sich zur Mitte zu bewegen, um nicht im oppositionellen Wählerdrittel eingemauert zu bleiben.

Und doch galt die CDU als fragil. Für manchen schien ihr Scheitern am selbstbewirkten Erfolg der Modernisierung von Land und Leuten unabwendbar: Sie schien zu ländlich, zu katholisch und zu männlich strukturiert zu sein. Gegenüber solchen Erwartungen entwickelte im Jahrzehnt nach Adenauer die Partei die Fähigkeit, ein Höchstmaß an Kontinuität zu wahren und sich gleichzeitig als Volkspartei auf geänderte politische und gesellschaftliche Verhältnisse einzustellen. In der Oppositionszeit von 1973 bis 1982 wurde die Partei neu ausgerichtet.

Irgendwann in den sechziger Jahren habe die CDU die „geistige Führung verloren“, stellte der nach Erhard und Kiesinger ebenfalls nur kurzzeitig amtierende (1971 bis 1973) Parteivorsitzende Rainer Barzel nach seinem Rücktritt fest. Die CDU hatte die Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Milieus, die größer gewordenen Anforderungen an Politik und den systematisch erzeugten Überdross an personalpolitischer Kontinuität, der sich in Kampf-Formeln wie „CDU-Staat“ manifestierte, nicht produktiv verarbeiten können. Sie scheiterte somit als führende Regierungspartei auch an ih-

rem eigenen Erfolg. Dafür war symptomatisch, dass ein geringfügiges Haushaltsdefizit 1966 Auslöser einer Regierungskrise war und eine Große Koalition mit der SPD nötig schein. Symptomatisch war auch, dass von 1969 bis zur Wahl 1972 die Unionsparteien ihre Oppositionsrolle als Unglücksfall der Geschichte betrachteten und sich als Regierung im Wartestand gerierten. Sie verwalteten eher Erfolge der Vergangenheit als sich den Erfordernissen der Gegenwart zu stellen.

„Zweite Neugründung“

In der Bundesrepublik Deutschland waren insbesondere die sechziger Jahre eine Zeit großen Verteilungsspielraumes. Wohlstand wurde selbstverständlich. Alle Bedürfnisse schienen befriedigt werden zu können. Der materielle Aufschwung galt fraglos als in die Zukunft hinein verlängerbar und ausbaufähig. Getragen wurden diese Annahmen auch durch den Glauben an einen geradezu explodierenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt: Vom Sputnik zur Mondlandung dauerte es nur ein paar Jahre, die Atomenergie versprach die Basis aller Zukunft zu werden.

Besonders in vier Bereichen lassen sich tief greifende Veränderungen konstatieren:

- Auf dem Feld der wirtschaftlichen Prosperität und des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes.
- Im Wandel der Industrie-Gesellschaft zu einer Freizeit-, zu einer Informations- und zu einer Mobilitätsgesellschaft.
- In einem Generationswechsel und im Wandel der Vorstellungen über Werte, über die Rolle der Familie und über die wirtschaftliche/gesellschaftliche Stellung der Frauen.
- In einem weltpolitischen Wandel vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik.

Dies war die Basis, auf der nach dem Führungswechsel zu Helmut Kohl auf

dem Bonner Parteitag 1973 die CDU neu formiert werden konnte. Die Mitgliederzahl verdoppelte sich zwischen 1969 und 1982 auf über 700 000.

Parallel zur Mitgliedersteigerung wurde der hauptamtlich besetzte Parteiapparat ausgebaut. Neben 240 Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle arbeiteten 1979 zirka 620 Beschäftigte auf Landes- und Kreisebene. Auf dem Parteitag in Ludwigshafen wurde 1978 ein neues Grundsatzzprogramm beschlossen. Die ersten beiden Generalsekretäre unter Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf (1973 bis 1977) und Heiner Geißler (1977 bis 1989), hatten erheblichen Anteil daran, die CDU zu einer organisationsgefestigten Volkspartei zu reformieren und programmatisch zu erneuern. Das Grundsatzzprogramm umschrieb das christliche Selbstverständnis, die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und die europa- und deutschlandpolitische Zielsetzung angesichts veränderter Rahmenbedingungen. Überspitzt könnte man auch formulieren: Es war die zweite Neugründung in einer tief greifenden gesellschaftlichen und politischen Übergangszeit.

Wie die Kanzlerschaft Helmut Kohls in zwei unterschiedliche Zeiträume von 1982 bis 1989 sowie von 1990 bis 1998 zu unterteilen ist, so muss man auch seinen 25-jährigen Parteivorsitz in die Jahre 1973 bis 1989 und 1990 bis 1998 aufteilen, will man die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen mitberücksichtigen.

Bis zur Regierungsübernahme von 1982 war die CDU vom Urtyp einer Volkspartei zur modernen Volkspartei umgestaltet worden. Die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union wurde in den Bundestagswahlen von 1976 bis 1987 mit Ergebnissen von über 45 Prozent und in den Landtagswahlen (mit Regierungsübernahmen in Niedersachsen, Berlin und Hessen) bestätigt. Die Partei setzte vor allem in der Frauenpolitik (Essener Parteitag 1985) und in der Familienpolitik Akzente. Zu den po-

litischen Leitbildern der Regierungsjahre 1982 bis 1989 gehörten die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine große Steuerreform sowie durch die Stabilisierung und Verbesserung der Sozialversicherungssysteme, außenpolitisch die neue Grundlegung und die Forcierung der europäischen Einigung sowie die Stabilisierung der NATO und der transatlantischen Beziehungen durch die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Nicht zuletzt war eine pragmatische, aber prinzipientreue Deutschlandpolitik Kennzeichen dieser Politik.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zeigten sich allerdings deutliche Erosionserscheinungen. An den Rändern des Parteispektrums tauchten mit den Grünen und den Republikanern neue Parteien auf. Die Erosion des katholischen und des herkömmlichen bürgerlichen Milieus betraf vor allem die traditionelle Klientel der Union. Wahlverluste in den Ländern und personell-programmatische Auseinandersetzungen steigerten sich gegenseitig. Sie kamen auf dem Bremer Parteitag (1989) mit dem Konflikt um Generalsekretär Geißler und dem Versuch, den Vorsitzenden Kohl zu stürzen, zu einem Höhepunkt.

Deutsche und europäische Einigung

Der sich gleichzeitig vollziehende Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa gaben Kohl und den Unionsparteien die Chance, unter Beweis zu stellen, dass deutsche und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille darstellten. Seit 1947 hatte die CDU in den *Nouvelles Équipes Internationales* (NEI) mitgearbeitet, Adenauer war einer der Gründungsväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), und 1976 war unter maßgeblichem deutschen Einfluss die Europäische Volkspartei, die „Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“, gegründet worden. In

Deutschland hatten 1979 CDU und CSU bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 49,2 Prozent der Stimmen erhalten. Die Union war und blieb die deutsche Europapartei über die gesamten vierzig Jahre der Geschichte der alten Bundesrepublik.

Dies und das persönliche Vertrauenskapital, das sich Helmut Kohl erworben hatte, waren die Grundlage dafür, dass die deutsche und die europäische Einigung gleichzeitig, gleichsam Hand in Hand, in den Jahren ab 1989 vorangetrieben und gestaltet werden konnten. Helmut Kohl bekam die Möglichkeit, das zu verwirklichen, was Konrad Adenauer als politische Zukunft visionär erhofft und angestrebt hatte.

Für viele war es jedoch überraschend, dass die CDU sich schnell auch als die deutsche Wiedervereinigungspartei bewährte. 1989/1990 wurde die erneuerte und um bürgerrechtliche Strömungen erweiterte CDU der DDR zunächst durch die Union und Helmut Kohl als demokratische Partei legitimiert. Sie wurde zwei Tage vor der Wiedervereinigung auf dem Hamburger Parteitag am 1. Oktober 1990 unter ihrem Vorsitzenden Lothar de Maizière in die CDU Deutschlands integriert. Die CDU der DDR hatte auch durch eigene Anstrengungen wieder zum Geist ihrer Gründung und zur christlich-demokratischen Tradition ihrer Anfangsjahre zurückgefunden.

Gleichzeitig hatte sich mit der Übernahme großer Teile des „Demokratischen Aufbaus“ (DA) und der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) das nachvollzogen, wozu in der frühen Bundesrepublik viele Jahre gebraucht worden waren. Die Anziehungskraft der CDU, die zugleich Kanzler- und Kohl-Partei war, zeitigte nach dem Wahlsieg bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 große Erfolge bei den anschließenden Landtagswahlen. In vier von fünf neuen Bundesländern, in Mecklenburg-Vorpommern,

Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, stellte die CDU den Ministerpräsidenten, nur in Brandenburg war sie nicht an der Regierung beteiligt.

Das Zusammenwachsen der Partei in Ost und West wurde zu einer großen Bürde und Herausforderung. Struktur und Organisation der Parteiverbände in den neuen Bundesländern mussten mit ihren Ende 1989 über 130 000 Mitgliedern weitgehend neu geschaffen werden. Auch musste die personelle Erneuerung rasch erfolgen. Dennoch konnte bereits 1994 ein neues gesamtdeutsches Grundsatzprogramm den Anspruch der CDU unterstreichen, die Partei der Einheit zu sein.

Der Kraftaufwand, den der Gezeitenwechsel 1989/1990 erforderte, betraf nicht nur die Bundesregierung. Auch die Partei musste sich auf eine Fülle neuer Umstände und Anforderungen einstellen. Dies galt insbesondere für

- Konzept und Finanzierung des Aufbaus Ost im Rahmen der Wiedervereinigung und des Zusammenwachsens in Deutschland,
- Wahrnehmung und Einstellen auf die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens,
- Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme angesichts steigender Arbeitslosigkeit und einer alternden Gesellschaft,
- Gestaltung Europas nach dem Kalten Krieg und mitten im Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums.

Die Annahme neuer internationaler Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands (Verträge mit Polen und Russland, NATO-Reform) und die Gestaltung der europäischen Zukunft (Vertrag von Maastricht 1992 und spätere Euro-Einführung) wurden wiederum mit der CDU identifiziert. Der Binnenausgleich in Deutschland (Solidarpakt 1993) und die Erneuerung des Steuersystems sowie der Umbau des Sozialstaates kamen jedoch über Ansätze nicht hinaus.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging der CDU die programmatisch legitimierte Durchsetzungskraft verloren. 1998 war die dramatische Niederlage bei der Bundestagswahl (CDU/CSU 35,1 Prozent) die Konsequenz.

Wie dreißig Jahre zuvor bewies sich danach die Stabilität der Volkspartei in der Verankerung in den Ländern und Kommunen. Sie hatte auch die Fähigkeit bewahrt, sich auf gewandelte Umstände einzustellen und dennoch Kontinuität zu wahren. Zwar stürzte die Spendenaffäre 1999/2000 die Partei in eine schwere Krise, in deren Verlauf der neue Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble zurücktreten musste. Angela Merkel führte die Partei als erste Frau an der Spitze einer Volkspartei aus der Krise.

Es zeigte sich durch die Erfolge bei Landtagswahlen (Regierungsübernahmen in Hessen, Saarland, Niedersachsen, Hamburg) und auch durch das äußerst knappe Scheitern bei der Bundestagswahl 2002, dass Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit nicht verloren gegangen waren. Zudem erneuerte sich die Partei mit ihren Beschlüssen zu der Reform der Sozialsysteme (Parteitag Leipzig 2003) und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums (Parteitag Düsseldorf 2004) auch programmatisch.

Dies strafte wiederum Propheten des „Endes des christlich-demokratischen Zeitalters“ als kurzsichtige Zeitdiagnostiker. Die Unionsparteien sind und waren mit den Worten Eugen Gerstenmaiers „alles in allem der spontanste, sichtbarste und der wirksamste Ausdruck der Wandlung Deutschlands und der Deutschen im zwanzigsten Jahrhundert“. Die CDU ist offensichtlich auch im einundzwanzigsten Jahrhundert die Partei der politischen Mitte, eine programmatisch geeinte Volkspartei mit etwa 600 000 Mitgliedern, die in Stadt und Land, in allen Bevölkerungsschichten und in Ost und West gleichermaßen verankert ist.